

SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Redaktion: Braunschweig
Schließfach 399
Fernsprecher Nr. 2367

spd Nr. 27 - 21.9.46

Zu Ihrer Information lassen wir die auszugsweise Übersetzung eines Artikels im "Observer" vom 9. September folgen, der uns besonders bedeutsam und für die Auffassung weiter englischer Kreise auch sehr bezeichnend zu sein scheint. Wir glauben allerdings nicht, dass sich seine Veröffentlichung in dieser Form empfiehlt. Redaktion.

Berlin und Wien - das ist die Wahl

=====

Berlin und Wien sind heute vorgeschobene und isolierte Aussenposten Europas. Beide Städte liegen jenseits des Eisernen Vorhangs und sind auf allen Seiten von russisch-besetzten Gebieten umgeben, die wohl den Berlinern und Wienern, nicht aber den westlichen Besatzungstruppen Wiens und Berlins zugänglich sind, Sie leben sehr zurückgezogen in den Sektoren ihrer beiden Städte, fast ebenso als Gefangene wie als Herren, und erfreuen sich zwar erheblich grösseren Komforts, aber noch weniger Bewegungsfreiheit als die deutschen und österreichischen Staatsbürger. Aber allein durch ihre Anwesenheit heben sie die beiden Städte aus der russischen Zone heraus, die sie umgibt. Sie neutralisieren den sonst unwiderstehlichen Druck der russischen Polizei und Propagandamaschine bis zu einem gewissen Grade und schaffen Freiheiten, die anderswo jenseits des Vorhangs nicht bekannt sind: Relative Zugänglichkeit zu den Tatsachen, relative Meinungsfreiheit, relative Sicherheit vor politischer Verhaftung und Liquidierung und eine relative Wahlfreiheit - diese vor allem. Dank der Anwesenheit der Westmächte sind Berlin und Wien Städte, die eine Wahl treffen können - und zwar eine Wahl, die für ganz Europa entscheidend sein wird.

Diese Möglichkeit der Wahl macht sie zum Mittelpunkt der ideologischen und machtpolitischen Schlacht, die gegenwärtig in ganz Europa geschlagen wird und von deren Ausgang die Zukunft des Kontinents abhängt. Nirgendwo anders steht diese Schlacht so auf des Messers Schneide und nirgendwo anders hat jeder Zoll Boden solch grossen Wert. Berlin und Wien sind heute Städte voller Dramatik und zugleich höchst paradoxe Städte. Man hat sie fünfte Besatzungszonen, Modell-Stadtstaaten, symbolische Hauptstädte nichtbestehender Länder und internationale Reservate genannt - aber keiner dieser

Titel passt eigentlich richtig für ihre wundersame Existenz. Die Mischung vereinter, internationaler Verwaltung und vierfacher Teilung der beiden Städte und das ständige Rendez-vous von vier untätigen, fremden Armeen innerhalb ihrer Mauern würde selbst dann eine Kuriosität und ein Abenteuer darstellen, wenn der Mythos der alliierten Einigkeit Wirklichkeit wäre. Nun, da dieser Mythos zerstört wurde - und nirgenwo anders ist er gründlicher zerstört worden als in Berlin und Wien - hat sie sich zu einer traumhaften Monstrosität entwickelt. Der Unterschied zwischen den beiden Städten besteht darin, dass Wien bereits gewählt hat, Berlin aber seine Wahl erst noch treffen muss.

Wien ist nicht nur der Sitz eines alliierten Rates zur Kontrolle seines Landes und einer alliierten Kommandantur zur Selbstkontrolle. Es ist auch der Sitz einer wirklichen Österreichischen Regierung und eines wirklichen Wiener Stadtrates - die beide frei gewählt wurden, die sich beide wirklicher Autorität erfreuen und die beide in ihrer politischen Zusammensetzung die unmissverständliche Entscheidung der Stadt und des Landes verkörpern, den Kommunismus abzulehnen und europäisch zu bleiben. Daraus resultiert die relative Klarheit und Durchsichtigkeit der politischen Atmosphäre Wiens. Die Stadt weiss, wo sie steht. Die englische und amerikanische Besatzung hat ziemlich offen einen freundschaftlichen und beschützenden Charakter angenommen, die russische aber ebenso offen einen feindseligen. Die russische Politik zielt kaum mehr darauf ab, Österreich in einen Satellitenstaat zu verwandeln; sie erstrebt vielmehr ganz einfach Österreichs Niederdrückung und Ausbeutung. Es gibt in Wien noch eine Atmosphäre des Kampfes, aber es ist ein klarer, nationaler Kampf um die Unabhängigkeit. Neben grosser Spannung und Ängstlichkeit zeigt sich auch eine Spur jener Zuversicht und guter Laune, die aus einer klaren Entscheidung stammen. Wien hat schliesslich eine lange Tradition als ein östliches Bollwerk Europas. Heute nimmt es sich, elendiglich blossgelegt und zerstückelt, wieder ein Herz und kehrt zu dieser Tradition zurück. Und Erinnerungen an 1526 und 1683 können dabei eine Rolle spielen, wie die Erinnerungen an die Armada und Trafalgar bei den Engländern 1940 eine Rolle spielten.

In Berlin ist die Sprache der Tradition weniger sicher. Mächtige nicht Preussen einige seiner grössten Fortschritte in seiner Karriere als ein Satellit Russlands? Russland verfehlt zudem nicht, an solche Erinnerungen anzuknüpfen. Seine Propaganda in Deutschland verbindet nicht ungeschickt, fast wie in der ersten Hitler-Manier, das sozial Revolutionäre mit dem nationalen Appell. Diese Propaganda wird durch die gesamte Überzeugungskraft einer totalitären Polizeimaschine gestützt und hat sich zweifellos die politische Initiative in Deutschland gesichert. Ausserdem arbeitet sie nicht nur mit Worten. Im vergangenen Jahr haben die Russen mächtig gearbeitet, um ihre deutsche Zone zu einem kommunistischen Staat nach dem neuen osteuropäischen Modell zu machen, d.h. zu einem Staat mit einer gleichgemachten, klassenlosen Gesellschaft, mit einer dominierenden Staatspartei, die am Anfang mit einigen geduldeten Satelliten-Parteien in einer "Einheitsfront" umgeben war, mit Zwangs-Massenversammlungen, mit einer gelenkten und nach Moskau orientierten Wirtschaft und einer aus Moskau gelenkten Meinung und - das ist das Entscheidende - mit dem Ziel, die Wiege eines wiedervereinten Deutschlands zu werden.

Würde dieses Ziel überall erreicht, so würde dies die Verbindung aller Machtmöglichkeiten Deutschlands mit denen eines sich ausweitenden Russlands herstellen und es würde das Gleichgewicht der Macht in der Welt revolutionär

nieren. Es ist indessen bisher noch nicht erreicht und wird wahrscheinlich nie erreicht werden. Selbst der wachsende Sowjetstaat in der russischen Zone ist noch nicht vollständig. Ihm fehlt noch ein wichtiges Organ, eine Hauptstadt. Diese Hauptstadt solle Berlin sein. Aber Berlin ist durch die Anwesenheit der westlichen Alliierten aus der russischen Zone herausgenommen und besitzt einige Wahlfreiheit. Es sind die Hauptstädte, die in Wirklichkeit die entscheidenden "nationalen" Entscheidungen treffen und Berlin ist noch immer, ob man will oder nicht, die Hauptstadt Deutschlands - heute vielleicht mehr denn je. Wenn es sich dafür entscheidet, die Hauptstadt des neuen Sowjetstaates in der russischen Zone zu werden, so schafft es damit zugleich diesen Staat und dann könne sein Einigkeitsappell ein Machtfaktor in Deutschland werden, gegen den der Lokalpatriotismus der neuen Bundesstaaten im Westen nur eine schwache und bescheidene Verteidigung sein würde.

Wenn auf der anderen Seite Berlin dem Beispiel Wiens folgt, den Appell des Ostens überhört und sich dafür entscheidet, die vorgeschobene Hauptstadt eines europäischen Deutschlands zu werden - dann würde die Gefahr aus einem ostdeutschen Sowjetstaat weichen, noch ehe sie sich richtig erhoben hat. Dieser Staat selbst wird fragmentarisch und unwirklich bleiben und früher oder später, je nachdem der physische Druck der Besatzung nachlässt, werden die normalen Freiheiten wieder in die vorübergehend kommunistierten östlichen Provinzen zurückkehren. Auf Berlin lastet also eine grosse Verantwortung und der Tag der Entscheidung rückt jetzt heran. Am 20. Oktober wählt Berlin seine Stadt- und Distriktsräte. Nominell steht nur zur Debatte, ob die von den Russen eingesetzten kommunistischen Beamten in ihren lokalen Büros bestätigt oder ersetzt werden. In Wahrheit wird dieser 20. Oktober ein wichtiges Datum in der deutschen Geschichte sein und auch ein Datum von einigem Einfluss auf die europäische und die Weltgeschichte. Berlin besitzt, im Gegensatz zu Wien, seine russische Partei und diese russische Partei wird mit allen ihr zu Verfügung stehenden Mitteln kämpfen. Die Opposition gegen diesen neuen Totalitarismus hat auf der anderen Seite in Berlin, vielleicht wegen der Nähe der Gefahr, eine solche Kraft und Entschlossenheit, wie man sie in weniger exponierten Orten kaum finden würde. Schon jetzt, sechs Wochen vor dem Wahltag, hat der politische Kampf in Berlin etwas vom Charakter eines Freistil-Ringkampfes angenommen. Hält er an, so wird er die Zusammenarbeit der vier Mächte in der Regierung von Berlin aufs Äusserste anspannen. Es ist etwas Unerwartetes, dass Berlin, eine solch furchtbar verwüstete und erniedrigte Stadt, schon so bald nach ihrem Zusammenbruch eine Entscheidung zu fällen hat, die für ihre Zerstörer und Eroberer so bedeutsam ist. Aber es ist so.

Tausende von Tonnen Schutt liegen noch in den Strassen Berlins. Stank nicht noch gestern die ganze Stadt nach unbeerdigten Leichen, wurden nicht erst gestern Viehherden durch das Brandenburger Tor nach dem Osten getrieben und brachen nicht erst gestern Frauen am hellen Tage Unter den Linden zusammen? Viele dachten damals, Berlin sei tot, und viele zweifelten damals an der Weisheit der Alliierten, einen Anteil an der Kontrolle dieser zerstörten Stadt durch einen 400 Meilen Rückzug von der Elbe zu erkaufen. Heute erscheint diese Entscheidung wenigen töricht. Berlin ist nicht tot. Es denkt, es kämpft, es zählt. Seine düsteren Trümmerhaufen sind im Bilde Europas von heute wichtiger als die lachenden und ertragreichen Felder Sachsens, Thüringens, Brandenburgs und Mecklenburgs, die wir Russland abtraten. Am 20. Oktober ruhen, das ist nicht zuviel gesagt, die Augen der Welt wieder einmal auf Berlin.

Die Redaktionsarbeit der Gewerkschaften

spd. Weder der Film, noch ausreichende Zeitungs- und Rundfunkpublikationen standen bei der Wiedergeburt der Gewerkschaften Pate: ungerufen von den starken geistigen und technischen Kräften moderner Agitationsarbeit formierten sich die Millionen der Mitglieder in den neuen Organisationen.

Eine breit angelegte Presse-Wirksamkeit ist längst notwendig geworden. Der Verwaltungsausschuss der Freien Gewerkschaften Hamburgs erhielt bereits im Februar 1946 die Lizenz zur Herausgabe einer "Gewerkschaftszeitung" für die gesamte britische Zone. Die "Gewerkschaftszeitung" erscheint seitdem einmal monatlich im Zeitschriftenformat; die Auflage ist von anfänglich 35000 auf 200 000 Exemplare gestiegen. Neben allgemeinen Gewerkschafts-problemen behandelt die Zeitschrift Fragen der Wirtschaft, des Arbeitsrechtes, der Arbeitsgerichtbarkeit, der Jugend - Frauen - und Kulturarbeit; ständige Berichterstattung aus der Genossenschafts-, sowie aus der internationalen Gewerkschafts-Bewegung stehen neben Wirtschaftsnachrichten aus dem Ausland.

Für die Herausgabe eigenen Zeitschriften- und Leitungs-materials hat der Verwaltungsausschuss einen Verlag gegründet, dem in Kürze die Lizenz erteilt werden soll. Zur Unterrichtung der Funktionäre wird in Hamburg neuerdings ein "Informationsdienst der Freien Gewerkschaften/ Bezirk Hamburg-Schleswig-Holstein" herausgegeben, der gewerkschaftliche, wirtschaftliche und politische Nachrichten aus dem In- und Ausland kommentarlos in wöchentlicher Folge verbreitet. Der "Informationsdienst" erscheint - wie die "Gewerkschaftszeitung" - achtseitig, jedoch in etwas kleinerem Format. Die Schriftleitung hat der Sekretär des Verwaltungsausschusses der Freien Gewerkschaften Hamburgs, Ratlov, übernommen.

Ausgezeichnet redigiert, höher in Erscheinungsfolge und Umfang und inhaltlich weitgesteckt, gibt der Vorläufige Ausschuss der Bayrischen Gewerkschaften eine neue "Gewerkschaftszeitung" heraus. Lizenzträger sind Schiefel München, und Hagen, Nürnberg; die Schriftleitung hat Georg J. Reuter. Die Zeitschrift erscheint zweimal im Monat und hat 16 Seiten Umfang. Der programmatische Leitartikel der uns vorliegenden ersten Ausgabe endet: "Wo die Menschen an ihren Rechten und an ihren Freiheiten festhalten und damit im Geiste einer wahren Volksherrschaft als Einzelne und als Gemeinschaft leben, da wird und muss es möglich sein, durch die Arbeit und ihre Ertragnisse die Not des Einzelnen und die Not Aller zu überwinden. Die neue deutsche Gewerkschaftsbewegung und mit ihr die neue Gewerkschaftspresse will sich ganz in den Dienst dieser Auffassung vom Leben der Menschen stellen." Damit wird schon die geistige Spannweite und die inhaltliche Vielfalt des Blattes gekennzeichnet. Sie gibt Themen wie: Entnazifizierung und Entmilitarisierung", "Wirtschaftsforschung und Statistik im Dienst der Schaffenden", "Englisch für Gewerkschaftler" und "Die neue Gewerkschaftspresse" breiten Raum.

Der Gewerkschaftsbund Württemberg-Baden hat jetzt seine Lizenz für die "Württemberg-Badische Gewerkschaftszeitung" erhalten. Er lässt seine neue Zeitschrift unter der Leitung von Kleinknecht, Stuttgart, zweimal im Monat ebenfalls im 16-Seiten-Umfang und im Zeitschriftenformat hinausgehen; die Auflage ist augenblicklich jedoch noch so beschränkt, dass nur jedes neunte Mitglied des Bundes sie beziehen kann. Die Zeitung ist gut aufgemacht,

der Themenkreis so weit gezogen, dass auch der Jüngere sich angesprochen fühlt, der Stil ist locker und flüssig, aus überlegenem journalistischem Können gestaltet; Bildmaterial und Klischees prägen das Gesicht der Zeitung. Sie wendet sich mit besonderem Nachdruck an die Jugend.

Ein "Sonder-Bulletin" - gedruckt in New York und herausgegeben in den Vereinigten Staaten von Amerika vom Komitee für Freie Gewerkschaften der Arbeiterliga für Menschenrechte, Amerikanische Gewerkschaftsföderation - kommt mit reichem Material auch in Deutschland zur Verteilung. Auf Glanzpapier in deutscher Sprache mit grossformatigen Fotos gedruckt wird Einblick in die internationale Gewerkschaftsarbeit gewährt. Die Überschriften "Die A.F. of L. verlangt Demokratie für Spanien", "Die A.F. of L. solidarisiert sich mit den Bergarbeitern Chiles" oder "Die Wiedergeburt der japanischen Gewerkschaften muss unterstützt werden" und "Die Gewerkschaften sind von entscheidender Bedeutung für ein demokratisches Deutschland" zeichnen die grosse Linie dieser Veröffentlichung ab.

Wirksames Mittel in der heftigen Diskussion um die Organisationsform der Angestellten ist die "DAG-Post", die, als Manuskript gedruckt, halbmonatlich als Rundbrief an die Mitarbeiter und Mitglieder der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft herausgegeben wird. Sie ist gut redigiert, vielschichtig im Inhalt und geschickt in der Polemik; sie beschränkt sich nicht auf blosser Nachrichtenübermittlung, sondern rückt auch die Organisations- und Werbearbeit in den Vordergrund.

Zum Schluss sei noch die "Konsumgenossenschaftliche Rundschau" erwähnt, die in Hamburg neu lizenziert wurde und für die der frühere badische Ministerpräsident Dr. Adam Remmele, verantwortlich zeichnet. Das Blatt steht seinem Umfang nach hinter den anderen zurück, ist aber sehr aufgeschlossen und bringt nicht nur Gewerkschaftsnachrichten, sondern kommentiert sie auch.

Mal in ein anderes Licht gerückt!
=====

Nebenbemerkungen zum Wahlkampf
Von Tutt, ein Wirker.

Wahlpflicht: Die Parteien streiten sich, klagen sich gegenseitig an, widerlegen einander -- und du möchtest nichts davon hören? Wieso nicht? Du bist doch als Richter aufgerufen!

Wer sich wundert, mit welcher Schärfe ein Wahlkampf geführt wird, hat nicht begriffen, worum es geht.

Der ehemalige Pö: "Das ist nun die Demokratie! Hässliches Parteiengetzänke, Wahlenten, Stimmenjägerei..."

Der Demokrat: "Ja, man möchte direkt sagen: fünf mittlere Konzentrationslager mit Vergasungsöfen und Krematorien her - und schon ist der ganze Spuk beendet..."

"Mit Redensarten kann man mich nicht besoffen machen!" sagte einer. Und er sagte weiter: "Ich bin im Bilde! Jeder Krämer lobt seine Ware, aber mich kann man nicht für dumm kaufen! Es ist schon genug geredet worden, nun will ich auch mal Taten sehen!" - Dann erhob er sich und ging berauscht von seinen eigenen Worten vordannen.

Wahlenten sind nichts Überraschendes - man weiss ja genau, wann sie auftauchen werden.

Parteien sind auch nur - Menschen.

Das Niveau des Wahlkampfes wird vor allem davon bestimmt, dass alle Geister, die grossen und die kleinen, miteinander ringen. Man sollte aber bei der Beurteilung des Niveaus nie vergessen, dass es den kleinen Geistern um dasselbe geht, worum die grossen ringen.

+

Wer sein Wahlrecht nicht ausüben will, ist also doch nicht wahlberechtigt.

+

Das unlauterste Mittel im Wahlkampf ist das, was den Wähler einschläfert.

+

Verunglimpfungen des politischen Gegners können vielerlei Wirkungen haben - aber die geringste unter diesen wird immer die Erfolgswirkung sein.

+

Information: Wahlmanöver gegen Lemmer und Genossen?

spd. In CDU Kreisen erwartet man von Seiten der SED gewisse Machinationen gegen Ernst Lemmer, den Generalsekretär Dertinger und den Pressechef Remele, wie aus mehrfachen Vorkommnissen zu schliessen ist. Man möchte Lemmer über die Gewerkschaften und private Beziehungen zur Sprengung der CDU, bzw. zum "Herüberkommen" veranlassen. Gelingt das nicht, dann wird man mit schwerem Geschütz anfahren. Lemmer soll verdächtigt werden, durch seine Mitarbeit bei der ungarischen und schweizerischen Presse während des Krieges im Dienste der Nazis gearbeitet zu haben. Remele war bei DNB. Auch Dertinger sei ähnlich belastet.

Seltene Wahlfeststellungen in Halle

spd. Aus gut informierter Quelle erfahren wir folgende Feststellungen bei den wahlstimmenauszahlungen in Halle a.S. :
In Halle gehen Gerüchte, wonach bei den Auszahlungen der Wahlstimmen in den zuerst abgeschlossenen 132 Bezirken die SED nur etwa um 800 Stimmen der LDP voran war. Die restlichen 7 Bezirke brachten schliesslich die von der SED gewünschte Überlegenheit von annähernd 3000 Stimmen. Man behauptet, dass diese 7 Bezirke von Vertretern der SED allein ausgezählt wurden. Es wird der SED ein Leichtes sein, diese Gerüchte durch einwandfreies Nachprüfen zu widerlegen. Dies ist besonders durch die Feststellung nötig, dass die Städte in der Sowjetzone selten eine Mehrheit für die Einheitspartei gebracht haben. Die meisten Hochburgen der Arbeiterschaft gingen diesmal für den Sozialismus verloren. Während z.B. in Hessen die SPD eine höhere Stimmzahl als 1919, dem Rekordjahr, erreichte, hat in der Sowjetzone bisher nirgends die SED auch nur die Stimmen der Arbeiterwähler von 1933 einbringen können.

Verantwortlich für Herausgabe und Inhalt: Fritz Sänger, Braunschweig